

Von wegen humanitär

Kundus: „Nicht schuldig“, FR-Tagesthema vom 17. Februar

Der Menschenrechtsgerichtshof bescheinigt Deutschland, zum Luftangriff bei Kundus am 4.9.2009 „ausreichend“ ermittelt zu haben. Er sagt nicht, es sei angemessen reagiert worden. Der Generalbundesanwalt hält am 16.4.2010 fest: Oberst Klein forderte Kampfbomber an, obwohl die Voraussetzung dafür („Feindberührung“) nicht gegeben war. Aus der Presse wurde bekannt, dass die US-Piloten für die Befolgung des Befehls bestraft wurden und dass McChrystal Kleins Abberufung forderte. Dies wurde von deutscher Seite abgelehnt und Klein befördert. Spätestens nach diesem grauenhaften Sterben war eine kritische Überprüfung des „humanitären Auslandseinsatzes“ unausweichlich, die bis heute unterblieb.

Hier zeigt sich die Lebenslüge der Bundeswehr im Rahmen der Nato, sie sei Verteidigungsarmee im Sinne von Art. 87 a GG. Die Nato ist ein Bündnis, das auf der Basis des Faustrechts angreift und eben nicht auf die Sicherheit aller potenziellen Gegner achtet, was kollektive Sicherheit schafft. Im Fall von Kundus wird nicht mal auf die Sicherheit der Bevölkerung geachtet, die man angeblich humanitär schützen will. Es braucht ein Schuldbekenntnis und die Rückkehr auf den Boden des Grundgesetzes. Friedrich Gehring, Backnang



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210315

Bellizismus ist keine Lösung

Erweiterung auf „Linke Theoretiker führen ein komfortables Leben“ vom 11.3.

Die beiden Leserbriefschreiber polemisieren gegen die friedenspolitische Haltung von Janine Wissler anlässlich ihres Interviews in der FR vom 27. Februar. Diese Kritik soll nicht unwidersprochen bleiben.

Wer die gegenwärtige Lage im Kosovo bzw. den Balkanstaaten wie in Afghanistan eindimensional aus der aktuellen Situation heraus interpretiert, greift viel „zu kurz“. Gerade die völker- und grundgesetzwidrigen Jugoslawienkriege in den 90er Jahren zeigen in ihrer historischen wie aktuellen Entwicklung, dass waffengewaltförmige Interventionen erst Lügenpropaganda, dann Verheerungen und Not und Elend hinterlassen. Immer wieder kommt es zu „Vulkan“-Ausbrüchen, die aufs Neue Gepeinigte und Gequälte“ zur Folge haben. Und was gibt es Despotischeres als Bombardements: auf afghanische ZivilistInnen (vgl. Kundus), auf Belgrader Wohnhäuser, Brücken und Autofabriken? Landstriche sind auf Jahrzehnte mit Minen und Munition Todesfallen für Kinder, die gesamte Bevölkerung.

Die USA und die CIA – was ganz und gar nicht „egal“ ist – haben vor 40 Jahren die Mudshaheddin in Afghanistan mit Waffen, Millionen US-Dollar und Ausbildungslagern aufgerüstet und damit maßgeblich zu Krieg und Terror in diesem Land beigetragen. Um nach 9/11

wiederum mit ihrem „war on terror“, auch in Afghanistan, zusammen mit örtlichen Warlords kriegerische Auseinandersetzungen zu evozieren. Schon vergessen: Die US-Administration unter Trump hat schließlich 2020 die Taliban zu Verhandlungspartnern erhoben und die rechtmäßige afghanische Regierung zu Statisten degradiert. Das sind auch wesentlich verantwortliche Gründe für den mangelnden Fortschritt im Friedensprozess.

Medico und andere Hilfsorganisationen fordern seit langem eine Entmilitarisierung! Es wäre das Gebot der Stunde, dass die imperialen Angreifernationen für die Beseitigung der von ihnen verursachten Schäden (z.B. tausendfache Streubomben und Uranmunition in den Balkanstaaten) und den Wiederaufbau aufkommen. Versuchen wir es mal mit den 47 Mrd. Euro Rüstungsausgaben – also ganz viel Geld – für zivile Projekte. Das hatten wir noch nie!

Mit ihrer antimilitaristischen Haltung erweist sich die Linke Janine Wisslers also als umfassende und konsequente Klimaschützerin und Friedensaktivistin wie Verbündete von NGOs. Übrigens haben Teile der SPD und die Mehrheit der Grünen dem neuerlichen Afghanistan-Mandat ebenso eine Absage erteilt. Vera Affeln, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/wahl21

Um viel Geld geprellt

OLG Frankfurt: „Cum-Ex“-Geschäfte sind Bandenbetrug“, FR vom 13. März

In dem dpa-Artikel wird berichtet, dass das Oberlandesgericht Frankfurt „Cum-Ex“-Geschäfte nicht nur als Steuerhinterziehung, sondern auch als gewerbsmäßigen Bandenbetrug bewertet hat. Nur zwei Sätze weiter wird trotzdem wieder behauptet, Investor:innen hätten eine „Gesetzeslücke“ genutzt, um den Staat über Jahre um Geld zu prellen.

In diesem Zusammenhang muss das verharmlosende Wort nach diesem Urteil komplett gestrichen werden, damit nicht der Verdacht entsteht, man wolle immer noch kriminelles Verhalten entschuldigen. Im übrigen gehört eine solche Information auf die erste Seite der FR und nicht versteckt auf Seite 16.

Werner Runde, Mönkeberg

FR ERLEBEN

Pitt von Bebenburg moderiert die digitale Diskussion „Kommunalwahl in Hessen. Ergebnisse und Perspektiven“ der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen mit dem Soziologen Philipp Scherer und dem hessischen Grünen-Landesvorsitzenden Philip Krämer. Unter boell-hessen.de/youtube **Mittwoch, 25. März, 19 Uhr**

Das Wetter: Wechselnd bis stark bewölkt

